

Ab nächstem Jahr kein Weizenanbau mehr

Politik gefährdet Ernährungssicherheit und Existenzen

„Die aktuelle Ausrichtung der Agrarpolitik in Berlin und vor allem in Brüssel ist mit Blick auf die globale Lage und die Folgen für die Landwirtschaft nicht zu verantworten“, sagte der Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd (BWV), Eberhard Hartelt, bei der Erntepressekonferenz des Verbandes im rheinhessischen Gundersheim auf dem Bischheimer Hof bei Landwirt Adolf Dahlem. Denn eine immer stärkere Extensivierung der Landwirtschaft gehe an den gegenwärtigen Realitäten völlig vorbei.

Adolf Dahlem ist verärgert, enttäuscht und ernüchtert. Er ist Vorsitzender des Pflanzenbauausschusses im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd sowie beim Ausschuss Pflanzenbau und Nachwachsende Rohstoffe bei der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz. Die vergangenen sechs Jahre hat er viel mit Wissenschaftlern und Naturschützern telefoniert und Konzepte erarbeitet, wie der Ackerbau in der Region mehr zur Biodiversität und zum Klimaschutz beitragen kann. Doch die Politiker in Berlin wollen von solchen regionalen Lösungen

nichts wissen, musste er am Schluss feststellen.

Dahlem bewirtschaftet einen Ackerbau- und Weinbaubetrieb in Rheinhessen, unweit von Alzey. Seine zwei Söhne sind dabei, den Hof zu übernehmen, doch der Vater verzweifelt über die Rahmenbedingungen, die die Politik mit der neuen GAP den Jugendlichen vorsetzt. „Was muss denn noch passieren, damit die Politik endlich unsere mahnenden Worte hört“, fragte Dahlem.

Noch zwei Tage ist auf dem Bischheimer Hof der Mähdrösch im Einsatz, dann ist die

Ernte der 130 ha beendet. Rund 15 bis 20 Prozent geringer als in durchschnittlichen Jahren fiel die Getreideernte insgesamt bei Dahlems aus. Noch mehr als in den vergangenen Jahren hängen Ertrag und Qualität sehr stark von der Bodenqualität und den lokalen Niederschlägen ab. Insbesondere Getreidearten, die früh geerntet werden, wie Wintergerste, konnten noch von der Winterfeuchtigkeit und den Niederschlägen zu Beginn des Frühjahrs profitieren. Beim Winterweizen, der erst später reif wird, machen sich die fehlenden Niederschläge, insbesondere im Mai mit geringeren Erträgen deutlich bemerkbar.

Schlecht schnitt die Sommergerste bei Dahlems ab, die bereits im Herbst ausgesät wurde. Sie erzielte überwiegend 5,5 t/ha.

Sommergerste schnitt sehr schlecht ab

„Manche Äcker wurden acht Tage später bestellt und haben nun 15 Prozent weniger Ertrag. Das hatten wir noch nie. Ursache ist die heiße Phase im Mai, bei der die Pflanze das Wachstum bereits abgeschlossen hat“, bemerkte Dahlem vor Journalisten und einigen Berufskollegen in seiner Maschinenhalle, in der bereits Sommergerste, Wintergerste und Weizen lagerten.

Auch beim Winterweizen sind die Erträge um 20 Prozent unter Durchschnitt auf dem Betrieb Dahlem mit 5,5 bis 7,5 t/ha. Hier hat ebenso die Hitze im Mai zur Reduktion der Menge beigetragen. Doch weit schlimmer für die Landwirte ist die Tatsache, dass die Partien unterdurchschnittliche Proteinwerte aufweisen von 10,5 bis 11,5 Prozent. „Damit ist die Ernte nicht als Brotweizen geeignet, sondern je nach Entscheidung der Mühlen nur für den Futtertrog.“

Positiv zeigen sich bei Dahlems alleine die Erträge und die Qualitäten der Winterbraugerste. Sie konnte als einzige noch die späten Niederschläge verwerten und erzielte Erträge zwischen 7,5 und 10 t/ha.

BWV-Präsident Hartelt sprach für das ganze Verbandsgebiet von sehr uneinheitlichen Ernteerträgen je nach lokalen Niederschlagsereignissen. Insgesamt sei die Ernte sicherlich um

die 20 Prozent durch die Trockenheit reduziert worden. In der Nord- und Westpfalz sind auf mageren Standorten teils auch 50 Prozent Ertragseinbußen zu verzeichnen. Aus einem Telefonat mit Thomas Schmidt aus Rheindürkheim in der Vorderpfalz ist bekannt, dass auf sandigem Boden nur 4 t/ha Winterweizen geerntet werden konnte. Die ersten Mähdrösch waren bereits in der zweiten Junihälfte auf den Feldern in Rheinhessen und der Pfalz unterwegs. Interessante Meldungen gab es aus der Südwestpfalz, wo erste Ernten im Raps mit guten Ergebnissen aufwarten.

Erster und zweiter Schnitt im Grünland waren gut

Dass nun für die noch stehenden Kulturen wie Zuckerrüben und Mais unbedingt Regen notwendig ist, sei offensichtlich, wenn man die Zuckerrübenbestände ansieht, die mit schlaffen Blättern in der Mittagshitze harren.

Durch zwei sehr gute Grasschnitte im Grünland und einer durchweg positiven Heuernte ist die Grundfuttersversorgung in den viehhaltenden Betrieben für den kommenden Winter gesichert. Die Mais- und Zuckerrübenbestände brauchen dringend Wasser, damit sich ihre bisher gute Entwicklung fortsetzen kann. Mit Blick auf die Wettervorhersage ist aber weiterhin nicht mit Niederschlägen zu rechnen. In Verbindung mit der angekündigten Hitzewelle sind die Ertragserwartungen daher heute schon gedämpft.

Märkte von Krieg und Spekulation aufgewühlt

Die Landwirtschaft hat schon genügend mit dem Klimawandel zu kämpfen und teils enorme Ertragseinbußen hinzunehmen. Zudem werden mit dem Krieg auch die Märkte immer unbeständiger. „Wir sind gut ausgebildete Landwirte, aber keine Kaufmänner“, sagte Dahlem. Es wird Risikovorsorge betrieben auf den Betrieben, deshalb war ein Großteil der Ernte bereits vertraglich gebunden. Daher haben nur wenige Landwirte von den exorbitant hohen Weizenpreisen im Mai profitiert. „Für



Adolf Dahlem möchte ab kommendem Jahr keinen Winterweizen mehr anbauen. Es ist die Kultur, die am meisten Düngemittel und Pflanzenschutz benötigt. Bei 20 Prozent geringerem Düngesoll aufgrund der DÜV, den extrem hohen Betriebskosten für Düngung und Pflanzenschutz wird je nach Witterung, kein Einkommen zu erzielen sein. Das Risiko ist zu hoch.

Außenstehende sieht dies aus, als würden die Landwirte nun abkassieren. Das ist mitnichten so. Wir hätten die hohen Preise gut gebrauchen können, um unsere teuren Betriebsmittel zu bezahlen“, erklärte Dahlem. Nun sei die Liquidität auf den Betrieben stark eingeschränkt, da mit der aktuellen Ernte bereits in zwei Monaten Betriebsmittel für das kommende Jahr bezahlt werden müssen.

Das Rad in der Landwirtschaft nicht zurückdrehen

„Flächenstilllegungen, pauschale Verbote beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln durch das EU-Naturschutzpaket und ungerechtfertigte Einschränkungen bei der Düngung durch die Düngeverordnung können nicht die Antwort auf die weltweiten Verwerfungen bei der Lebensmittelversorgung sein“, so Hartelt. Besonders kritisierte er die Brachepflicht im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die massive Ausweitung der Roten Gebiete, in denen nach der Düngeverordnung keine bedarfsgerechte Düngung mehr möglich ist und das Ende Juni von der EU-Kommission vorgelegte Naturschutzpaket. Letzteres sieht eine pauschale Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes vor.

Wenn dieser Weg weiter beschritten werde, gefährde man nicht nur die Ernährungssicherheit in Deutschland und Europa, sondern nehme in Kauf, dass die Anzahl der hungernden Menschen in der Welt weiter zunimmt. Zudem werde es zu zahlreichen Betriebsaufgaben hierzulande kommen, wenn man den Landwirten und Winzern ihre Produktionsgrundlage entzieht mit Maßnahmen, die einer Enteignung sowie einem Berufsverbot gleichkommen.

Der BWV-Präsident stellte klar, dass es nicht darum gehe, die aktuelle Krise zu nutzen, um das Rad in der Landwirtschaft zurückzudrehen: „Die Landwirte und Winzer stehen weiterhin zu Klima- und Biodiversitätsschutz.“ Das Jahr 2022 habe erneut gezeigt, dass der Klimawandel mit seinen Folgen erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaften in den Betrieben hat. Daher sei es richtig und wichtig,



Die Leidenschaft der Landwirte für ihre Arbeit ist dramatisch gesunken – die knappe Getreideernte erschwert den Kauf der Betriebsmittel für das kommende Jahr. Dazu die Düngeverordnung, die vielen offenen Fragen der neuen GAP sowie ganz konkret, was soll nun auf die abgeernteten Felder gesät werden, um Schwierigkeiten mit der neuen GAP zu vermeiden.
Fotos: Setzepfand

Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel abzumildern und auch um die Artenvielfalt zu erhalten. Die Ernährungssicherung – lokal und global – dürfe dabei allerdings nicht vergessen werden.

Die Betriebe müssen ein Einkommen erzielen

Beide Herausforderungen müssen gemeinsam angegangen werden. Die Landwirtschaft ist hier Teil der Lösung und ist auch bereit, sich noch stärker zu engagieren. Die agrarpolitischen Rahmenbedingungen und Vorhaben dienen aber mehr und mehr einseitig dem Klima- und Artenschutz, ohne Rücksicht auf Versorgungssicherheit und die ökonomischen Belange der Betriebe. Laut Hartelt habe der Berufsstand erwiesenermaßen bessere Konzepte, um Klima- und Artenschutz mit der wirtschaftlichen Erzeugung von Lebensmitteln in Einklang zu bringen. Diese müssten aber auch politisch gewollt sein, damit sie zur flächendeckenden Anwendung kommen können.

Beispiele für mehr Artenvielfalt in der Landwirtschaft gibt es inzwischen zahlreiche wie das FRANZ-Projekt in Heidesheim, das EFA-Projekt in Herxheim, das MoKo-Projekt im Donnersbergkreis sowie viele Initiativen, die die Landwirte selbst auf ihren Betrieben starten. So hat Adolf Dahlem im vergangenen Jahr den Anbau der Lupine getestet, um festzustellen, dass es zu trocken ist in der Region Rheinhes-

sen für die Lupine, die keine guten Erträge erzielte. Dieses Jahr testet er Linsen in Erbsen, das scheint vielversprechender. Dass solche Versuche in jeder Region notwendig sind, das wissen die Landwirte. Nur so können lokal angepasste Lösungen für die Zukunft gefunden werden. Pauschale Vorschriften für ganz Deutschland können nicht die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Karl-Friedrich Junker, der BWV-Kreisvorsitzende aus der Südpfalz, sprach für seine Kollegen, die eine durchschnittliche Getreideernte eingefahren haben, da in der Südpfalz mehr Niederschläge verzeichnet wer-

den konnten. Doch sei auch dort die Qualität des Weizens zu bemängeln, da zu wenig Eiweiß im Weizen enthalten ist.

Für die vielen Winzer bemerkte Junker, dass die Weinberge bisher gut dastehen, keine pilzlichen Krankheiten zu beklagen sind und dass mit einer frühen Lese für Federweißen bereits Ende August gerechnet werde. Er bedauerte, dass es im Fassweinebereich bisher kaum Preissteigerungen gab, obwohl ja auch im Weinbau die Betriebsmittel deutlich teurer geworden sind.

zep/bwv